

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 65 (1971)
Heft: 12

Artikel: Wahlrecht JA - Kaserne NEIN! : Nationaldienst für Frauen
Autor: Moor, Emmy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141964>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wahlrecht JA — Kaserne NEIN!

Nationaldienst für Frauen

Seit die «Gesamtverteidigungspläne» durchs Land geistern, war damit zu rechnen, daß bald einmal diverse «taktische Waffen» dieses Programms als Versuchsballon ins Publikum steigen würden. Immerhin hat man damit vorsorglicher Weise zuerst die Nationalratswahlen vorbei gehen lassen, an denen die Frauen zum ersten Male, nach mehr als fünfzigjährigem Kampf, mitwählen konnten. Dann freilich, war kein Halten mehr. Gerade eine halbe Woche nach diesen ersten Nationalratswahlen der Schweizerfrauen hat man die massive taktische Waffe (der freilich jegliche Atomkraft fehlt) in der Öffentlichkeit zum Einsatz gebracht. Dabei steigt das EMD nicht etwa selber in die Arena. Nein, nein, so vorsichtig ist man da schon! Es ist eine Studiengruppe aus Vertreterinnen des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen, des Schweizerischen Katholischen und des Schweizerischen Evangelischen Frauenbundes sowie des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins, die ihre ausgearbeiteten vier Modelle vorzeigen, in denen sie einen

Nationaldienst für Frauen

zur Diskussion stellen. Und wie sehen diese Modelle nun aus? Da kann man nur sagen, da haben die elf für die Kommission auserkorenen Opfer einen unverdaulichen Brocken aufgehalst bekommen. Fast können sie einem leid tun.

Modell A:

Allgemeine Dienstpflicht für Frauen, in voller Parallele zur allgemeinen Wehrpflicht. Dienstdauer: vom 20. bis zum 50. Jahr in der Armee; im Zivildienst bis zum 60. Jahr.

Modell B:

Allgemeine Dienstpflicht der Frauen im Sinne einer obligatorischen Ausbildung und Einteilung der Frauen auf den Katastrophen- und Verteidigungsfall. Keine obligatorische Dienstpflicht in Friedenszeiten. (Reserve-system). Dienstdauer: vom 20. bis zum 60. Jahr.

Modell C:

Kaderorganisation, mit stufenweisem Aufbau auf freiwilliger Basis. Zur frühzeitigen Erfassung aller Jugendlichen — nicht nur der Mädchen. Bereits in den Mittelschulen, Berufsschulen, Jugendorganisationen. Gedacht als Verstärkung in die heute schlecht rekrutierten Organisationen (FHD, Rotkreuzdienst, Zivilschutz, Sozialeinsatz). «Informationen über die Notwendigkeit, die Voraussetzung und die Möglichkeiten des Einsatzes im Rahmen der Gesamtverteidigung, wie der sozialen Hilfe, eventuell Beispiele und Übungen.» Alter: Jugendliche.

Modell D:

Sozialdienstorganisation, mit stufenweisem Aufbau auf der Basis der Freiwilligkeit.

Da dieses Projekt völlig unrealistisch ist, eine Armee billiger Arbeitskräfte, aber von den Spitälern und Heimen weder selber gewählt, noch nach ihren Bedürfnissen vorhanden, dazu der unvermeidliche Einschnitt in der Berufslehre der Mädchen, sind (summarisch wiedergegeben) die Gründe, die es auch für die Kommission für kaum realisierbar machen.

Die Mehrheit der Frauenkommission gibt ausdrücklich Modell B den Vorzug.

Wie Modell A, enthält auch Modell B die obligatorische Dienstpflicht und soll «dem gesamtschweizerischen Personalinformationssystem (Computer)» unterstellt werden. Wer den EMD-Bericht «Gesamtstrategie für die Schweiz» (Bericht Professor Schmid) gelesen hat, wird sich an den Orwell'schen Zukunftsstaat erinnern. Auch Modell C für die Jugendlichen, würde voll und ganz auf die Strategie der Gesamtverteidigungspläne hinauslaufen. In ihrer Begründung macht die Kommission selber gleich den Hinweis, daß «der Bundesrat bei drohender Kriegsgefahr die Dienstpflicht der Frauen bereits auf Grund eines extrakonstitutionellen Vollmachtenrechts einführen könnte. In gleicher Richtung bewegen sich die Vorarbeiten, die von der im Aufbau befindlichen Gesamtverteidigung getroffen werden.»

Man ist also vollkommen im Bilde, was da geplant und «im Ausbau begriffen», und nun so portionenweise unters Volk gebracht werden soll.

Das einzig Gute, was man diesem Vorstoß «zur Diskussion» zubilligen kann, ist, daß gerade **die erste Diskussion der Modelle für eine Gesamtverteidigung die heftigsten Kämpfe ausgelöst hat.** Auch die Frauen wissen nämlich zum großen Teil sehr gut, daß es, außer in Israel (seit dem Hitlerkrieg)

nur im Hitlerreich eine obligatorische Dienstpflicht für die Frauen gegeben hat.

Kein anderes Land, auch die heutigen USA nicht, haben selbst in Kriegzeiten an eine Rekrutierung der Frauen gedacht. Solches kann also ausschließlich in Friedenszeiten dem neutralen Kleinstaat Schweiz zu seiner Gesamtstrategie passen. Was selbst im Hitlerkrieg, während unserer größten Bedrohung, als wir rings von Hitler- und Mussoliniarmeen umgeben waren, nicht nötig gewesen ist, das soll nun der «schweizerische Friedensbeitrag» werden, in einem Europa, das für das nächste Jahr eine West-Ost-Konferenz zur allgemeinen Entspannung plant!

Arme Schweiz, die mit einem totalen Militärstaat ihren Beitrag liefern sollte! Arme Schweizerfrauen, die, ein paar Tage erst mündig geworden, nun Heim und Kinder — die man ihnen als einzige hehre Auf-

gabe bis ins Jahr 1971 gepredigt hat, mit der Kaserne vertauschen sollten!

Der Kampf für den Frieden wird nicht in den Kasernen gemacht!

Selbst die phantasievollsten «Feindbilder» taugen nicht zu diesem absurden Plan. Und wenn da, im «Rahmen der Gesamtstrategie», gar an ein solches «Feindbild» im eigenen Land gedacht sein sollte, so wäre wohl

ein Rückblick auf 1939 und Mai-Juni 1940

empfehlenswert. Man weiß dann wieder, wo die Verräter in unserem Land gestanden sind, wahrlich nicht bei den «vaterlandslosen Gesellen»! Muß man da mehr sagen?

Und wie war das damals mit den Frauen?

Da war doch die Generalmobilisation, nicht wahr. Die Männer waren im Militärdienst, oder, wenn sie zu jung oder zu alt dafür waren, wie mein Sohn und mein Vater, dann gingen sie freiwillig in die Ortswehr.

Dafür waren jetzt die Bäuerinnen mit ihren Kindern vielfach völlig allein in ihrem Betrieb. Und auch in der Industrie, in den Verwaltungen, in den Dienstleistungsbetrieben sah es ähnlich aus. Und doch ist die Landwirtschaft, die Industrie und sind die Dienstleistungsbetriebe auf Hochtouren gelaufen. Weil die Frauen, angesichts der vorhandenen schweren Bedrohung durch das Dritte Reich, wußten, um was es ging, und in die Bresche sprangen. Ohne Armeebefehl und Rekrutierung. Auch in der Armee. Auch dorthin sind die Frauen im FHD freiwillig gegangen. Und wie sie gearbeitet haben, nicht nur in der Verwaltung der Armee und nicht nur in den Küchen und Soldatenstuben, sondern auch im Rotkreuzdienst, beim Flugbeobachtungsdienst, das weiß ich noch aus eigener Anschauung an Ort und Stelle, als Mitglied ihrer ersten Pressekommission, die diese Arbeit in der Presse und im Radio besprochen hat. Und es gab ja auch eine Untergrundorganisation, mit festen Aufgaben für den allfälligen Notstand eines Überfalls. Auch dort haben wir Frauen nicht gefehlt.

Die Schweizer Frauen haben damals ihre Bewährungsprobe in der fast fünfjährigen Kriegszeit bestanden.

Unsere heutigen jungen Frauen verdienen nicht weniger Vertrauen. Aber was damals notwendig und richtig gewesen ist, angesichts des Überfalls der Hitlerarmeen auf unsere Nachbarstaaten, das gilt nicht mehr für heute.

Im Atomzeitalter, im Angesicht der Bedrohung der weltweiten natürlichen Lebensbedingungen von Luft, Erde und Wasser, angesichts des Hungers, der Not und des Elends, durch die die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern immer größer wird, und die Geschicke aller Länder immer enger zusammenhängen, da sind es nicht Kasernen und Waffen oder gar «strategische Atombomben», da sind es die Völker, die ein ehrliches, konsequentes Beispiel im Abbau des Rüstungswettlaufes geben und das ausbeuterische Doppelspiel gegenüber den Entwicklungsländern

nicht mitmachen, denen soziale Gerechtigkeit im Inland und für das Ausland beste Friedensarbeit für die heutige Welt bedeutet, die uns bewahren können vor einem Krieg, der ja wieder nur ein Weltkrieg sein würde. Armeen sind für diesen mühsamen, langen Weg untauglich geworden.

e. m.

Aus: «Der Öffentliche Dienst», 19. Nov. 1971

Eine makabere Handelsbilanz

**Eine bedeutsame schwedische Studie
beleuchtet das Waffengeschäft mit der Dritten Welt**

Von Rainer Gatermann (Stockholm)

Mehr als zwei Drittel aller in den letzten zwanzig Jahren in die Länder der Dritten Welt gelieferten modernen Waffen kamen aus den USA und der Sowjetunion. Weitere 20 Prozent wurden von Frankreich und Großbritannien geliefert. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Südamerika gaben 1969 mehr als 1,5 Milliarden Dollar für Waffenkäufe aus und überzogen damit bei weitem ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten, denn während ihr Brutto-Nationalprodukt in diesen zwanzig Jahren um jährlich etwa 5 Prozent wuchs, stieg der Betrag für die im Ausland gekauften Waffen um durchschnittlich 9 Prozent.

Das Stockholmer Friedensforschungs-Institut (SIPRI) hat in vierjähriger Arbeit den Waffenhandel mit der Dritten Welt untersucht. Sein Ergebnis publizierte es nun in einem 910 Seiten dicken Buch unter dem Titel «Der Waffenhandel mit der Dritten Welt» («The Arms Trade with the Third World»).

Großmacht-Konfrontation auf Umwegen

Obwohl die Supermächte eine direkte Konfrontation auf Grund der Gewißheit vermeiden, daß keine von ihnen sie unbeschadet überstehen würde, scheuen sie sich nicht, die Auseinandersetzung auf anderer Ebene, nämlich auf dem «Umweg über Drittländer», auszutragen. So lieferten die USA in den vergangenen zwanzig Jahren 70 bis 80 Prozent der Waffen in Länder, die die Sowjetunion oder China zum Nachbarn haben. Die Sowjetunion trat erst verhältnismäßig spät in den internationalen Waffenhandel ein, der gemäß den SIPRI-Untersuchungen zu 95 Prozent von den Regierungen und nur zu 5 Prozent von der Privatwirtschaft kontrolliert wird. Sie begann Ende der fünfziger Jahre mit sechs Ländern;